

Die Bewohner Okinawas demonstrieren in großer Zahl gegen die Errichtung einer neuen US-Militärbasis.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 158/15 – 23.08.15

Okinawas Bewohner wehren sich gegen eine neue US-Basis

Von Taisuke Komatsu und Semanur Karaman
openDemocracy, 03.08.15

(<https://www.opendemocracy.net/taisuke-komatsu-semanur-karaman/in-japan-controversial-us-army-base-sparks-outrage-among-local-popul>)

Die immer noch unter den Kriegsfolgen leidenden Bewohner Okinawas, die sich gegen den Bau einer neuen US-Militärbasis wehren, brauchen weltweite Solidarität.

Die Geschichte Okinawas, einer kleinen Inselgruppe im Ostchinesischen Meer, ist nicht allzu bekannt. Bevor die Inselgruppe 1879 gewaltsam von Japan annektiert wurde, gehörte sie zum Königreich Ryūkyū (s. https://de.wikipedia.org/wiki/K%C3%B6nigreich_Ry%C5%ABky%C5%AB) und nahm eine für den Handel wichtige strategische Position ein. Sie beherbergte Menschen ganz unterschiedlicher Religionen und Sprachen. Das seit 1429 bestehende Nebeneinander verschiedener Kulturen endete mit der japanischen Kolonisierung, denn die einheimischen Sprachen und Religionen, die zur kulturellen Tradition Okinawas gehörten, wurden verboten.

Im Zweiten Weltkrieg diente Okinawa der japanischen Regierung als wichtiger strategischer Vorposten. Zusätzlich zu 80.000 japanischen Soldaten, die von außerhalb kamen, wurden noch 25.000 Einheimische – darunter auch Jungen und Mädchen unter 18 Jahren – zur Verteidigung der Insel und zur Absicherung Japans rekrutiert. Ein Viertel der 188.136 Menschen, die in der Schlacht um Okinawa (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Schlacht_um_Okinawa) ihr Leben verloren, stammte aus der einheimischen Bevölkerung. Aus deren schlimmen Kriegserinnerungen erklärt sich der Wunsch nach einem dauerhaften Frieden. Die auf Okinawa lebenden Menschen wollten nicht noch mehr Opfer für die militärischen Interessen Japans oder der USA bringen.



Massenprotest auf Okinawa
(Screenshot aus https://www.youtube.com/watch?v=A_1ryOYFQnw)

Obwohl auf Okinawa nur 0,6 Prozent der Fläche Japans entfallen, beherbergt es 74 Prozent der US-Stationierungsstreitkräfte. Nach Kriegsende blieb Okinawa bis 1972 unter US-Verwaltung; in dieser Zeit gab es zahlreiche Menschenrechtsverletzungen. Den Einheimischen wurde viel Land für die Errichtung von Militärbasen und sonstigen Einrichtungen weggenommen. Viele Frauen und Mädchen wurden von US-Soldaten vergewaltigt oder sogar umgebracht. Auch durch Flugzeugabstürze kamen wiederholt Einheimische ums Leben. Da den Opfern meist keine Gerechtigkeit widerfuhr, entstanden bei den Einheimischen viele Ressentiments gegen das US-Militär.

Seit 1972 wird Okinawa trotz heftiger Proteste seiner Bewohner, die unabhängig werden wollten, wieder von Japan verwaltet. Durch Verträge mit der japanischen Regierung haben sich die USA ihre starke Militärpräsenz auf unbestimmte Zeit abgesichert. Um ihre Interessen in Ostasien besser durchsetzen zu können, wollen die USA jetzt sogar noch eine neue Militärbasis auf Okinawa bauen; die Bewohner der Insel sind sehr verärgert darüber, dass die japanische Regierung diese neue Basis genehmigt hat.

Die Menschen auf Okinawa sind auch deshalb sehr wütend, weil sie die Entführung, Vergewaltigung und Ermordung eines 12-jährigen Mädchens durch drei US-Soldaten im Jahr 1995 immer noch nicht vergessen haben. Damals ist eine starke Oppositionsbewegung gegen der Air Station Futenma entstanden, "den gefährlichste Flugplatz der Welt", der mitten in einem dicht bebauten Wohngebiet und direkt neben einer Universität liegt (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_09/LP28009_161209.pdf und http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_10/LP07410_170310.pdf). Die Regierungen Japans und der USA einigten sich darauf, den bestehenden Flugplatz zu schließen und auf Okinawa einen neuen zu bauen. Das lehnen die Bewohner Okinawas aber auch ab, denn sie wollen, dass sich die starke US-Militärpräsenz auf ihrer Insel verringert.

Der neue Flugplatz soll in der Oura Bay beim Kap Heneko im Norden Okinawas gebaut werden; dort befindet sich aber ein Naturreservat mit Seegrasswiesen, Korallenbänken und Seekühen. Der geplante Militärflugplatz (soll auf einer Aufschüttung in der Bucht gebaut) und die größte US-Militärbasis in Ostasien werden. Er würde das ökologische Gleichgewicht der Insel stören und den Einheimischen eine ihren schönsten Buchten nehmen. Gegen die Baupläne protestieren Umweltschützer, Friedensaktivisten und betroffene Anwohner zu Lande und zu Wasser. Bei einer im Mai 2015 von einer lokalen Zeitung und einem TV-Sender durchgeführten Umfrage sprachen sich 77,2 Prozent der Befragten gegen den Bau eines Ersatzflugplatzes in der Oura Bay aus, und 83 Prozent forderten, der Flugplatz Futenma solle ersatzlos geschlossen werden.

Im Jahresbericht 2014 stellte Amnesty International fest, "Japan entferne sich von den Standards der internationalen Menschenrechte". Im Zusammenhang mit dem geplanten Ausbau der US-Militärpräsenz werde die Meinungs- und Versammlungsfreiheit der Bewohner Okinawas stark eingeschränkt. Am 17. Mai 2015 demonstrierten Tausende mit Schildern und Transparenten, auf denen zu lesen war: "Haut ab! Stoppt das Töten und Sterben! Keine Naturzerstörung! US-Marineinfanterie raus!" In den sozialen Medien kursierten Bilder von japanischen Polizisten, die gegen friedlich Protestierende vorgehen.

Gegen die Meinungsfreiheit verstoßen auch viele skandalöse Äußerungen japanischer Regierungsvertreter, die sich gegen die Proteste der Flugplatzgegner richten. Abgeordnete der regierenden Liberal Democratic Party / LDP kritisierten die *Okinawa Times* und die *Ryukyu Shimpo*, zwei auf Okinawa erscheinende Tageszeitungen, die den Neubau einer US-Militärbasis ebenfalls ablehnen. Am 25. Juni sagte Naoki Hyakuta, ein ehemaliger Redakteur und Abteilungschef des japanischen Rundfunks, in einem Workshop der LDP, die beiden Zeitungen müssten "mit allen verfügbaren Mitteln zum Schweigen gebracht werden".

Die japanische Regierung befürwortet den Neubau einer US-Militärbasis, die Politiker Okinawas sind aber ganz anderer Meinung. In einer am 23. Juni gehaltenen Rede sagte, Takeshi Onaga, der Gouverneur von Okinawa, er hoffe, dass die japanische Regierung ihren Plan, die US-Militärpräsenz auf Okinawa zu erweitern, annullieren werde. "Es ist unmöglich, Frieden zu schaffen, wenn Freiheit, Gleichheit, Menschenrechte und Demokratie nicht für alle Japaner gelten."

Die japanische Regierung trägt zwar die Hauptverantwortung dafür, dass die legitimen Interessen der Bewohner Okinawas gewahrt werden, die internationale Gemeinschaft ist aber auch dafür verantwortlich. Es wird Zeit, dass internationale Menschenrechtsorganisationen und die Vereinten Nationen den Bewohnern Okinawas in ihrem jahrzehntelangen Kampf gegen die militärischen Belastungen beistehen. Aktivisten auf der ganzen Welt sollten sich mit den Menschen solidarisieren, die den Bau einer neuen US-Militärbasis auf Okinawa verhindern und die volle Kontrolle über ihre Insel zurückgewinnen wollen, die ihnen die japanische Regierung verwehrt.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links versehen. Das Friedensmuseum auf Okinawa ist zu erreichen über webmaster@peace-museum.pref.okinawa.jp und wird Solidaritätserklärungen sicher an die Adressaten vor Ort weiterleiten.

Zum Vergleich: Auf Okinawa (Fläche 2.276 km², 1,425 Millionen Einwohner) leben 43.000 US-Amerikaner. In der Stadt und im Landkreis Kaiserslautern (Fläche insgesamt 780 km², beide zusammen 210.000 Einwohner) leben rund 50.000 US-Amerikaner.

Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)



In Japan: controversial US army base sparks outrage among local population

Taisuke Komatsu and Semanur Karaman
3 August 2015

It is time activists across the globe extended solidarity to those protesting to prevent the construction of a new military base in Okinawa, who are haunted by their memories.

The history of Okinawa, a group of small islands located in the East China Sea, is not known to many. Before it was forcibly annexed by the Japanese government in 1879 through military force, the islands were governed by an independent kingdom (Ryukyu Kingdom) which enjoyed its strategic trade location and housed diverse religions and languages. As the vastly unique culture and religions which had existed since 1429 was halted through Japanese colonization, assimilation policies were imposed on the people of Okinawa, including a ban on using indigenous languages and practicing religious and other forms of cultural tradition.

Okinawa was ordered to serve important strategic purposes for the Japanese government during the Pacific War. In addition to approximately 80,000 soldiers from outside Okinawa, 25,000 adults and teenagers including boys and girls under 18 years old were recruited locally to protect the interests and ensure the safety of mainland Japan. Of the 188,136 people who were killed in the Battle of Okinawa, a quarter of the death toll was the local population. Inevitably, this left strong resentment among the locals and a strong desire for sustainable peace. The people of Okinawa no longer wanted to be sacrificed for Japanese or US military interests.

Currently, 74% of the entire US military presence is situated in Okinawa, even though Okinawa only comprises 0.6% of Japan's total land area. During the period following the Pacific war, Okinawa, which came under US control for 20 years until 1972, witnessed an escalation of human rights abuses. The land of the locals was confiscated to build military bases and facilities. Women and children were reportedly raped, and a disturbing number of locals were killed by US soldiers or in US aircraft crashes. The victims of grave human rights violations were hardly given any justice under the foreign administration, which escalated the locals' bitter feelings towards the US military bases.

Since 1972, despite demands from the local population for self-determination, Okinawa is by law Japanese territory, and the US continues to enjoy a strong military presence there through bilateral agreements with the central government. What is of grave concern is that, in order to protect US interests in East Asia, the Japanese government has agreed to extend this presence by establishing a new military base.

The people of Okinawa are furious. They have not forgotten about the kidnapping, rape and murder of a 12 year old girl in 1995 by three US soldiers. This has also triggered a strong opposition campaign against the Futenma Air Station, "the most dangerous air station in the world", located in the middle of a populated residential area including a university campus. Eventually, the Japanese and US governments agreed to relocate the Futenma Air Station. Yet, their latest decision again outraged the people of Okinawa, since it plans to build a new military base in Okinawa, ignoring the people's will to decrease the heavy military presence.

Henoko, a suburb in northern Okinawa, was chosen to construct this highly controversial base. Its Oura bay hosts a diverse ecological system of dugongs' sea grass beds and corals. The proposed military base will be the largest US military base in East Asia and will have an adverse impact on the ecological balance of the island, while taking more land away from the locals. To stop the construction plan, environmental and peace activists and concerned citizens are staging protests on and off shore. The survey conducted by a local newspaper and TV corporation in May 2015 shows that 77.2% of respondents oppose the construction plan, while 83% demand relocation outside Okinawa.

In its annual international 2014 report, Amnesty International reports that "Japan continued to move away from international human rights standards." Coupled with the increasing US military presence, the right to freedom of expression and assembly in Okinawa is severely violated. On May 17 2015, thousands of protestors took to the streets carrying "Get out! Don't kill! Don't die", "Don't destroy nature" and "Get out Marines" posters while images of Japanese police dragging protestors exercising their most fundamental right to peaceful protest were circulated in the social media.

Freedom of expression is also constrained by the many slanderous statements of government officials addressing news outlets critical of the Japanese government's plan to build an additional military base. The Okinawa Times and Ryukyu Shimpo, two daily newspapers in Okinawa highly critical of the plan to establish an additional military base were targeted by lawmakers of the ruling Liberal Democratic Party (LDP). On June 25, referring to the two newspapers, Naoki Hyakuta, a writer and former governor of NHK (Japan Broadcasting Corporation), said they "must be closed down by any available means" in a workshop of LDP lawmakers.

Although dominant capital is favouring the construction of the US military base, local politicians in Okinawa convey a different sentiment. In a speech delivered on June 23, the governor of Okinawa, Takeshi Onaga, said that he hoped that the Japanese government will

cancel its plan to extend a US military presence in Okinawa because, “it is impossible to build a cornerstone of peace if freedom, equality, human rights and democracy are not guaranteed equally for all citizens.”

Although the Japanese government holds the primary responsibility for ensuring an effective and democratic response to the legitimate demands of citizens of Okinawa, the international community bears responsibility too. It is time international human rights mechanisms, including the UN, take concrete action to end the decades of suffering imposed through military ambitions on Okinawa. It is time activists across the globe extended solidarity to those protesting to prevent the construction of a new military base in Okinawa and struggling for full control over their land and livelihood despite the Japanese government’s hostile attitude towards any form of dissent.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern